

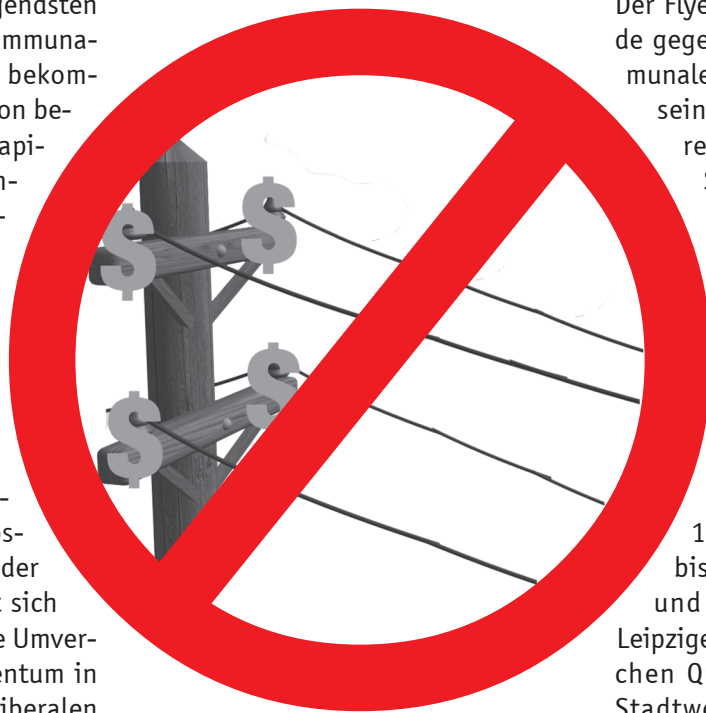
Wir behalten unsere Energie!

Nein zum Ausverkauf der Leipziger Stadtwerke

Stadtwerke sind unbestritten ein ganz wichtiger Teil des seit über einhundert Jahren gewachsenen Systems kommunaler Daseinsvorsorge. Im Zuge der Verschärfung der Kommunalfinanzen in den 1990er Jahren wandelten sich die Stadtwerke zur strategisch eingesetzten Manövriermasse in Ost und West, um auf diesem Wege die drängendsten Probleme der Sanierung der kommunalen Haushalte in den Griff zu bekommen. In dieser prekären Situation bekamen in- und ausländische Kapitalgeber (Stromkonzerne, Fondsgesellschaften, private Großinvestoren usw.) plötzlich Zugriff auf einen bedeutenden Teil der deutschen Energiewirtschaft, der ihnen Jahrzehntlang verschlossen war. Die am 15. November 2006 im Leipziger Stadtrat mit denkbar knapper Mehrheit gegen die Stimmen der Linksfraktion beschlossene Privatisierung von Teilen der Stadtwerke Leipzig (SWL) fügt sich insofern in eine groß angelegte Umverteilung von kommunalem Eigentum in Deutschland ein, die den neoliberalen Glaubenssätzen von der angeblichen Alternativlosigkeit der Privatisierung zur Erzielung wirtschaftlicher Effizienz folgt.

Obwohl der geplante SWL-Anteilsverkauf von 49,9 Prozent gleichbedeutend mit einem strategischen Einschnitt in der Geschichte der Leipziger Kommunalwirtschaft ist, spielt er in weiten Teilen der Leipziger Bevölkerung momentan keine erkennbare Rolle nicht zuletzt deshalb, weil es medial gelungen ist, die Aufmerksamkeit des Publikums auf Nebenschauplätze wie teure

Geschenke und Reisen für die Geschäftsführer der großen Eigenbetriebe der Stadt zu lenken. Die Argumentation für die Privatisierung durch den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung wechselte im übrigen im Verlauf der bisherigen Auseinandersetzung erheblich: ging es anfangs explizit um



die Mobilisierung des SWL-Anteilerlöses für die Sanierung des kommunalen Haushaltes, setzte Jung dem Vorwurf, das „Tafelsilber“ zu verschern, die Behauptung entgegen, die Privatisierung wurde gebraucht, um einen „strategischen Partner“ zu finden und um seitens der Stadt „wieder investieren“ zu können.

Seit den ersten Privatisierungsplänen wenden sich neben der Linkspartei.PDS auch das Netzwerk Anti-Privatisierungs-Initiative Leipzig (APRIL) und die globalisierungskritischen Aktivi-

sten von attac gegen die konzeptionslose Verhökerung der SWL. Unter der Überschrift „Wir behalten unsere Energie!“ startet die Leipziger Linkspartei dieser Tage mit einer Flugblattaktion eine neue Initiative gegen den drohenden Anteilsverkauf, der bis zum Oktober 2007 durchgezogen werden soll. Der Flyer nennt viele gewichtige Gründe gegen den Anteilsverkauf der kommunalen Stadtwerke. Nach dem Abbau seiner Industrie in den 90er Jahren würde Leipzig eine zentrale Steuerungsmöglichkeit der Wirtschaft einbüßen, denn die Stadtwerke sind ein wichtiger regionaler Wirtschaftsfaktor. Im Jahr 2005 flossen immerhin Aufträge in Höhe von 56 Mio. Euro zum großen Teil an Mittelständler vor Ort. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, dass über 1.000 Mitarbeiter und 150 Azubis bei den Stadtwerken in Lohn und Brot stehen. Und fast jeder Leipziger weiß, dass über den steuerlichen Querverbund die Gewinne der Stadtwerke in den kostengünstigen Betrieb von Bussen und Bahnen fließen. Für den anteiligen Verkauf der Stadtwerke bekäme Leipzig zwar einen einmaligen Verkaufserlös, verzichtet aber dafür Jahr für Jahr auf die Hälfte des Gewinns. Welcher vernünftige Mensch schlachtet seine Milchkuh, um anschließend ein einmaliges Gulaschgericht zu genießen? Ein bitterer Nachgeschmack wäre sicher, und zwar für lange Zeit. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass es möglichst nicht soweit kommt: Nein zum Ausverkauf der Stadtwerke Leipzig!

Dr. Volker Külow

Leipzig ist sächsische Armutshauptstadt – produzierendes Gewerbe entscheidet über Sozialranking zwischen den drei Freistaats– Metropolen

Auf einer Pressekonferenz am 5. März in Dresden stellte der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, Dr. Dietmar Pellmann, eine von ihm erarbeitete Sozialvergleichsstudie vor, die sich auf die drei sächsischen Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig bezieht. Zu den Ergebnissen der Untersuchung erklärt Dr. Pellmann:

Die soziale Situation einer Stadt wird oft von politisch Verantwortlichen subjektiv anders empfunden als sie sich objektiv darstellt. Ein realistisches Bild erhält man erst dann, wenn die eigene Stadt mit anderen relevanten Metropolen verglichen wird. Erst eine unvoreingenommene und auf unumstößliche Fakten gestützte Analyse ermöglicht solide politische Entscheidungen. Nicht selten wird von den jeweiligen Verwaltungsspitzen auf solche Vergleichsuntersuchungen verzichtet, weil sie zu Ergebnissen führen würden, die sich angeblich negativ auf das Image einer Stadt auswirken könnten und größeren Handlungsdruck für notwendiges politisches Handeln erzeugen. Obwohl die vorgelegte Studie weder Anspruch auf Vollständigkeit und schon gar nicht auf einen allumfassenden Städtevergleich erhebt, lassen sich doch folgende Ergebnisse benennen:

1. Die Ausgangsbedingungen waren 1989 in den drei Städten ähnlich. Sie hatten zwar in der DDR wenig politischen Einfluss, verfügten aber über eine ausgeprägte industrielle Basis.

2. Eine stärkere soziale Ausdifferenzierung zwischen den Städten setzte unmittelbar nach der „Wende“ ein. Während Dresden unter Nutzung des wieder gewonnenen Status als Landeshauptstadt durch den Freistaat bevorzugt gefördert wurde und sich so zu einem anerkannten Standort moderner Industrie und Technologie entwickelte, setzte man in Leipzig vor allem auf die Entwicklung zu einer Banken-, Dienstleistungs- und Medienstadt und verband dies mit dem Anspruch der Boomtown des Ostens. In Dresden flos-

sen hohe Milliardensummen in produzierende Bereiche, in Leipzig in Großprojekte der Infrastruktur. Das führte schon frühzeitig zu einer wesentlich höheren Arbeitslosen- und Sozialhilfequote in Leipzig. Chemnitz hingegen setzte bewusst auf die Erhaltung seiner industriellen Kerne und entwickelte sich viel mehr als die anderen beiden Metropolen aus sich selbst heraus.

3. In den drei sächsischen Großstädten ist die Armutsquote stetig gewachsen und erhielt seit Hartz IV einen regelrechten Schub. Dabei gibt es beträchtliche Unterschiede, die in der Studie in einem Sozialranking ausgewiesen werden. Herangezogen wurden 37 Positionen, die die soziale Lage unmittelbar oder mittelbar beeinflussen. Nach einer einfachen Punkteskala ist die Situation in Dresden mit 52 Punkten am günstigsten, danach folgt Chemnitz mit 77 Punkten, während Leipzig einen Wert von 96 erreicht.

4. Leipzig ist nach dieser Untersuchung die Stadt mit der kompliziertesten sozialen Situation und kann mit Fug und Recht als die sächsische Armutshauptstadt bezeichnet werden. Würden nur die für Armut besonders entscheidenden Bereiche, wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe oder Einkommen berücksichtigt, wäre der Punkteabstand zwischen Dresden und Leipzig noch größer. Betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2005 in Dresden 16,4 Prozent, waren es in Chemnitz 19,4 und in Leipzig 23,0 Prozent. Im August 2006 waren in Leipzig mehr als 86.000 Personen auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen; in Chemnitz waren es 34.298 und in Dresden 60.769. Im Jahre 2004, neuere Zahlen liegen noch nicht vor, betrug der Anteil derer mit einem Anteil am monatlichen Nettoeinkommen unter 700 Euro in Chemnitz 30,4 Prozent, in Dresden 30,6 Prozent und in Leipzig sogar 34,4 Prozent.

5. Von den drei sächsischen Großstädten hat Dresden die günstigste soziale Situation, was sich nicht nur an den

niedrigsten Quoten von auf staatliche Unterstützung Angewiesenen, sondern auch in der höchsten Geburten- und der niedrigsten Sterberate sowie im günstigsten Wanderungsgewinn ausdrückt. So dürfte Dresden noch im Verlaufe dieses Jahres Leipzig als die sächsische Stadt mit der höchsten Einwohnerzahl ablösen.

6. Selbst Chemnitz steht hinsichtlich der sozialen Lage und auch der Armutsquote inzwischen besser als Leipzig da. Daran dürfte sich mittelfristig auch nichts ändern, denn Chemnitz hat nicht nur eine solidere Basis im produzierenden Gewerbe als Leipzig, sondern inzwischen auch eine vergleichsweise höhere Steuerkraft und wesentlich niedrigere Schulden.

Es ist auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, dass sich an diesem Ranking etwas ändert. Dresden dürfte seinen Vorsprung eher ausbauen. Allerdings ist hier zu befürchten, dass der bereits erfolgte Verkauf von kommunalem Eigentum zu nicht zu unterschätzenden sozialen Belastungen und Konflikten führen dürfte.

Insgesamt müssen wir, wenn Bund und Land nicht gegensteuern, mit einer weiteren Zunahme sozialer Differenzierung in den drei Städten rechnen. Besonders ansteigen dürfte dabei Altersarmut, die derzeit in Sachsen noch keine Massenerscheinung ist.

Für die langfristige Eindämmung von sozialen Spannungen und von Armut bleibt der weitere Ausbau des produzierenden Gewerbes ausschlaggebend. Darüber hinaus bleibt die Stärkung kommunaler Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge entscheidend, um nicht zuletzt als soziales Regulativ wirken zu können. Schließlich muss es in Sachsen endlich zu einem gerechten Soziallastenausgleich durch den Freistaat kommen, der Schluss macht mit einer Benachteiligung der Kommunen mit überdurchschnittlich hohen Sozialausgaben.

Dr. Dietmar Pellmann

Die Studie ist als Broschüre im Liebknecht-Haus und im Wahlkreisbüro von MdL Dr. Dietmar Pellmann (Stuttgarter Allee 6) erhältlich. Außerdem kann sie auch im Internet unter www.dietmar-pellmann.de/studie.pdf heruntergeladen werden.

Bildungsfahrt der AG Junge GenossInnen Leipzig zur Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin

Unsere diesjährige Bildungsfahrt führt uns am 28. / 29. April in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand nach Berlin. Für Interessenten sind 30 bzw. 15 Euro ermäßigt zu zahlen (inkl. Busfahrt, Eintritte, Übernachtung mit

Abendbrot und Frühstück). Wir haben noch einige freie Plätze, wer also Zeit und Lust hat mitzukommen, kann sich anmelden per Mail: agjg@linkspartei-leipzig.de, oder per Tel./Fax: (0341) 14064411/18.

Am Samstag fährt der Bus um 6:30 Uhr in der Goethestraße ab. Neben der Gedenkstättenbesichtigung findet eine Stadtführung mit antifaschistischem Schwerpunkt durch Berlin und ein Besuch des Bundestages statt. Am Abend laden wir zu Gesprächen am Lagerfeuer. Sonntag besichtigen wir das DDR-Museum. **AG Junge GenossInnen**

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER

Am 13. Mai 2006 taucht über der Stadt Potsdam ein zweimotoriges Flugzeug aus dem letzten Weltkrieg auf und löst einen Luftschutzalarm aus. Das Flugzeug war Teil der internationalen Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“, die nach dreijährigem Bemühen und Dutzenden Verboten zum 61. Jahrestag der Befreiung

vom Hitlerfaschismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft stattfinden konnte. Vorausgegangen waren 16 Jahre Kampf um den Berliner Reichstag, der 2006 von Erfolg gekrönt war. Was genau fand in Berlin und Potsdam statt? Warum nahmen Weltkriegsveteranen aus der Sowjetunion, Frankreich, den USA und Großbritannien 61 Jahre nach

ihrem Sieg über den Hitlerfaschismus an dieser Aktion teil? Welche Rollen spielten dabei ein Krokodil, zwei sowjetische Panzer und ein toter deutscher Soldat? Der Film: „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ und der Regisseur der Aktion Thomas Schmitz-Bender sind am 23. März 2007 um 19:00 Uhr zu Gast bei Linkspartei.PDS und „Leipzigs Neue“ im Wahlkreisbüro von MdB Dr. Barbara Höll in der Gorkistraße 120. **Marina Beck**

Kellerausbau beginnt – Aufruf zu Geld- und Sachspenden

Der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS hat einer Gruppe von jungen Leuten, unter Federführung der AG Junge GenossInnen, den weiteren Kellerausbau und dessen Gestaltung übertragen. Neben einem weiteren Beratungsraum, der vor allem auch die Arbeit der AG Senioren erleichtern soll, sind Begegnungs- und Treffmöglichkeiten in den Kellerräumen geplant.

Für die Umsetzung dieses Vorhabens ist ein Finanzvolumen von ca. 5.000 Euro erforderlich. Um die finanziellen Ressourcen des Stadtvorstandes nicht allzu sehr zu belasten, wäre es wünschenswert, wenn ein Teil des Geldes durch Spenden aufgebracht werden kann. Um dieses Projekt zu unterstützen, können die bereits vorhandenen Spendenlisten für das Liebknecht-Haus benutzt werden. Darüber hinaus kann die Geld-

spende auch auf das Spendenkonto der Linkspartei.PDS Leipzig bei der

Sparkasse Leipzig
BLZ: 86055592
KontoNr.: 1125504222
Verwendung: Keller LHL

überwiesen werden.

Neben Geldspenden benötigen wir noch einiges an Sachgegenständen. Wir veröffentlichen daher die Liste der benötigten Gegenstände, wenn davon das eine oder andere als Sachspende durch die Leserinnen und Leser erbracht werden kann, würde sich gleichfalls das benötigte Finanzvolumen reduzieren:

- Spülbecken mit Armatur
- Durchlauferhitzer
- Kühlschrank
- Gläser

- Geschirr (Tassen, Teller)
- CD-Player mit Boxen
- Couchen, Sofas
- Sessel
- Dartboard
- Kicker-Tisch
- Barhocker
- Küchenzubehör
- Kantholzleisten
- Gesellschaftsspiele
- Kartenspiele

Wer vielleicht das eine oder das andere von den gewünschten Gegenständen kostenlos zur Verfügung stellen kann, möge sich bitte an die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Gen. Steffi Deutschmann (Tel.: 0341 14064411), wenden.

Der angestrebte Eröffnungstermin ist der 1. Mai 2007. Dort wollen wir mit allen Helferinnen und Helfern, allen Spenderinnen und Spendern, allen Freundinnen und Freunden diese neuen Räume einweihen. **Sören Pellmann**

Unterschriftenlisten Volksanträge

Wir bitten Euch, liebe Genossinnen und liebe Genossen, alle noch in den Organisationen der Basis vorhandenen Listen für die beiden Volksanträge "Kurze Wege für kurze Beine" und "Courage zeigen" in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS im Liebknecht-Haus, Braustraße 15 abzugeben. Auch nicht ganz volle Listen sollten unverzüglich abgegeben werden, damit diese in das Gesamtergebnis einfließen können.

neue Rufnummern

Das Bürgerbüro von MdB Dr. Barbara Höll in der Gorkistraße 120 hat ab sofort die folgenden neuen Rufnummern:

Telefon: 0341 5297400
Telefax: 0341 5297401

Gesicht zeigen! Wie weiter gegen Worch und Co?

Podiumsdiskussion mit Möller, Rosenthal und Thum am 1.3. im Zeignerhaus

Die Podiumsgäste kamen ebenso von ganz unterschiedlichen Feldern wie die recht zahlreich erschienenen und diskussionsfreudigen Gäste im Publikum. Zum einen war da Edda Möller, die langgediente Gewerkschafterin, welche sich in verschiedensten Bündnissen und Initiativen betätigt, weiterhin Alf Thum, der mit der so genannten „Front deutscher Äpfel“ auf satirisch-humoristische Art zusammen mit seinen unernst-uniformierten Mitstreitern dem braunen Ungeist auf Demonstrationen und anderswo entgegentritt. Und nicht zuletzt Heiko Rosenthal. Als Mitglied der Linkspartei ist er nun schon seit einiger Zeit Bürgermeister für Umwelt, Ord-

nung und Sport. Aber in jenem Amt ist er nicht nur der Partei, sondern eben auch Recht und Gesetz verpflichtet und stößt bei seiner Arbeit auf manch eingebaute Sichtweise und Tradition in Stadtverwaltung und Polizei. Was also kann ein linker Bürgermeister bewegen, wenn es um die Positionierung der Stadt bei einem Naziaufmarsch geht? Wo müsste eigentlich der Oberbürgermeister bei Worch-Aufmärschen sein? Wie verhält es sich mit den Ereignissen um LOK und was folgt daraus? Haben wir eigentlich nach den Ereignissen in Lindenau, der fast gegenprotestlosen Neonazi-Demo in Gohlis, mit den Steinwürfen gegen Linkspartei-Ab-

geordnetenbüros eine neue Qualität des Rechtsextremismus? Schwierige Fragen gingen da vor allem in Richtung Rosenthal, der sich um Antworten nicht drückte. Nicht jeder ging da mit allem mit. Engagierte Beiträge lieferten nicht minder Möller und Thum, der ironisch Worch für die Mobilisierung der Gegenprotestkultur dankte. Das Thema emotionalisierte, es mangelte den Teilnehmenden keineswegs am antifaschistischen Grundkonsens und der Bereitschaft zum engagierten Entgegenwirken. Über die Möglichkeiten, Sichtweisen und Grenzen des eigenen Wirkens jedoch ließ sich freilich ein Mal mehr und in notwendiger Weise streiten.

Marco Götze

Termine zur Buchmesse in Leipzig

Do., 22. März 2007, 17:30 Uhr
el-libro/ linXXnet, Bornaische Str. 3 d
Buchvorstellung mit dem Autoren Horst Stowasser: Anarchie! Idee - Geschichte - Perspektiven (Edition Nautilus 2007)

Do., 22. März 2007, 19:00 Uhr
LEIPZIGS NEUE, Liebknecht-Haus, Braustraße 15
Buchvorstellung mit den Autoren Gottfried Schramm und Klaus Eichner: Angriff und Abwehr (Eulenspiegel-Verlagsgruppe)

Do., 22. März 2007, 20:00 Uhr
el-libro/ linXXnet, Bornaische Str. 3 d
Buchvorstellung mit dem Kölner Filmmacher und Autoren Robert Krieg: Lebensunwert? NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand. Paul Wulf und Paul Brune (Verlag Graswurzelrevolution 2007)

Fr., 23. März 2007, 17:30 Uhr
el-libro/ linXXnet, Bornaische Str. 3 d
Buchvorstellung mit Übersetzer Lou Marin Lebenserfahrung und Geistesarbeit. Simone Weil und der Anarchismus (Verlag Graswurzelrevolution 2006)

Fr., 23. März 2007, 19:00 Uhr
LEIPZIGS NEUE, Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Buchvorstellung mit dem Autor Hans-Georg Löffler: Soldat der NVA von Anfang bis Ende (Eulenspiegel-Verlagsgruppe)

Fr., 23. März 2007, 20:00 Uhr
Rotes Antiquariat, Bornaische Str. 3 b
Buchvorstellung mit dem Autoren Bernd Langer Operation 1653 - Stay rude, stay rebel (Plättners Verlag 2004)

Sa., 24. März 2007, 19:00 Uhr
LEIPZIGS NEUE, Liebknecht-Haus, Braustraße 15
Buchvorstellung mit dem Autor Dr. Detlef Joseph: Hammer, Zirkel, Hakenkreuz (Eulenspiegel-Verlagsgruppe)

Sa., 24. März 2007, 17:00 Uhr
el-libro/ linXXnet, Bornaische Str. 3 d
Buchvorstellung mit der Autorin Sabine Nuss Copyright - Copyriot. An-

eignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus (Dampfbuch-Verlag 2006)

Sa., 24. März 2007, 19:00 Uhr
LEIPZIGS NEUE, Liebknecht-Haus, Braustraße 15
Buchvorstellung mit den Autoren Eveline und Dieter Schulze: Über die Deutsche Volkspolizei und die Kampfgruppe (Eulenspiegel-Verlagsgruppe)

Sa., 24. März 2007, 20:00 Uhr
Rotes Antiquariat, Bornaische Str. 3 b
Vortrag mit dem Autoren Jaromir Konecny: Das Liebesleben der Emigranten.

So., 25. März 2007, 10:30 Uhr
LEIPZIGS NEUE, Liebknecht-Haus, Braustraße 15
Buchvorstellung mit dem Autor Peter Jacobs: "Wenn ich sterbe wird es keiner glauben" - Geschichten über Fidel Castro (Eulenspiegel-Verlagsgruppe)

Urabstimmung zur Partieneubildung

Am 24. / 25. März tagen die beiden Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG in Dortmund. Auf diesen Parteitagen soll die Urabstimmung zur Partieneubildung beschlossen werden.

Die entsprechenden Abstimmungsunterlagen werden ab dem 26. März 2007 verschickt. Wer bis zum 31. März 2007 keine entsprechenden Unterlagen erhalten hat, möge sich bitte in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, Telefon: 0341 14064411 melden.

Erklärung von Dr. Volker Külow zu Stasivorwürfen

Dr. Volker Külow, Abgeordneter der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, erklärt zu den gegen ihn erhobenen Stasivorwürfen am 15. Februar 2007 vor der Landespressekonferenz: Wie hinlänglich bekannt, habe ich nie einen Hehl aus meiner informellen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit in den Jahren 1988/1989 gemacht. Nicht um nostalgischer Verklärung willen bekenne ich mich seit vielen Jahren zu meiner IM-Tätigkeit für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), sondern entsprechend der in unserer Partei für jedes Mitglied geltenden Festlegungen, bei Kandidaturen jeglicher Art auch mit diesem Teil seiner Biografie offen und öffentlich umzugehen. Die Wählerinnen und Wähler sollen im Wissen um diese Tatsache selbst ihr Urteil über die Kandidatinnen und Kandidaten unserer Partei fällen können.

Um diese Offenheit möglichst frühzeitig untersetzen zu können, habe ich mich bereits seit 2001 um Akteneinsicht bemüht, allerdings stehen mir bis heute die entsprechenden Dokumente nicht vollumfänglich zur Verfügung. Was jetzt der Landtag hat und wahrscheinlich viele von Ihnen, habe ich gestern erstmals bei der Akteneinsicht vollständig zur Kenntnis nehmen können. Ohne den Besitz detaillierter Aktenkenntnis habe ich mich dann 2004 schon vor der Landtagswahl zu dem Fakt, dass ich IM war, und auch zu einigen Details meiner Involvierung bekannt und ausdrücklich beantragt, mir zu genehmigen, das von der BIRTHLER-Behörde überlassene Material uneingeschränkt öffentlich machen zu dürfen (Schreiben RA Dr. Roland Wötzel vom 30. August 2004) – diese Genehmigung ist mir nicht erteilt worden. Ich weiß nicht erst nach der gestern erfolgten Akteneinsicht, dass die HVA nicht die weiße Weste hatte, wie das viele, auch ich, lange Zeit geglaubt hatten. Das ändert aber nichts daran, dass bis heute alle maßgeblichen Staaten Nachrichtendienste unterhalten, die tatsächlichen oder vermeintlichen Gefahren von außen durch Spionageabwehr bzw. eigene Spionage entgegen-

zuwirken trachten. Deshalb gilt für mich: Meine HVA-Zusammenarbeit habe ich nach dem dreijährigen Wehrdienst in der NVA und der Ausbildung zum Diplomlehrer für Marxismus/Leninismus damals in meiner beruflichen Tätigkeit als Historiker und wissenschaftlicher Assistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig für legitim gehalten, zumal ich wie viele SED-Mitglieder der festen Überzeugung war, dass sich die DDR Ende der 80er Jahre im Rahmen der Ost-West-Konfrontation in existentieller Bedrohung befand und nur durch entschiedene Reformprozesse zu retten gewesen wäre. Auch wenn das Land, in dem ich aufgewachsen bin, am Ende untergegangen ist, gehöre ich zu denen, die mit dem Ende der DDR die sozialistische Idee nicht auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen.

Aus heutiger Sicht und im Ergebnis einer in den letzten Tagen intensiv erfolgten Selbstprüfung muss ich allerdings sagen, ja selbstkritisch feststellen, dass der hehre Zweck, der Aufbau des Sozialismus und damit einer Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung, eben nicht alle Mittel heiligte. Dazu zähle ich den Vertrauensmissbrauch im privaten Bereich, verwandtschaftliche Beziehungen eingeschlossen. Meine heutige grundsätzlich kritische Position zu Geheimdiensten gründet auch in der persönlichen Erfahrung, dass ein an sich anständiges Ziel – der Schutz der eigenen Gesellschaftsordnung nach außen – durch die Regeln der Konspiration im Konkreten fast immer auch zu unanständigen Schnüffeleien führt. Damit komme ich zu den aktuellen Vorwürfen, die sich aus den erst jetzt dem Landtag übermittelten Akten ergeben, bei denen es sich ausschließlich um Akten handelt, die mit der Tätigkeit der HVA in Zusammenhang stehen. Eine Reihe von Einzel-Dokumenten sind ja bereits auszugsweise in den Medien veröffentlicht worden. Sie zählen nicht zu den Ruhmesblättern meiner Biografie. Ich bedanke mich zunächst bei allen, die Verständnis dafür gehabt haben, dass ich mich zu diesen Fragmenten zunächst nicht geäußert, sondern erst in Gänze Akteneinsicht genommen

habe, um mir auch die damaligen Zeitabläufe und Zusammenhänge wieder in Erinnerung zu rufen. Es ging mir bei diesem Vorgehen weder darum, Zeit zu schinden noch etwas irgendwie vermeintlich „Entlastendes“ zu finden. Aber wenn menschlich und politisch derartig schwerwiegende Dinge nach 18 Jahren bekannt werden, dann kann die endgültige und abschließende Bewertung nicht in einer Viertelstunde erfolgen, sondern braucht einige Tage Zeit. Zugleich will ja auch das erneute gründliche Nachdenken über die eigene politische Vergangenheit bewältigt werden, schließlich bin ich mir bewusst, dass die Bürgerinnen und Bürger an diejenigen, die öffentliche Ämter bekleiden, zu Recht besondere moralische Ansprüche stellen.

Ich werde Sie also hier und heute weder mit Entlastungsversuchen behelligen noch mich mit der Bemerkung herausreden, dass ich niemandem schaden wollte und nach bisherigen Erkenntnissen auch niemandem geschadet habe. Dabei bin ich mir natürlich der Problematik bewusst, dass der Informant es nicht in der Hand hatte, was die Informierten mit den Informationen anstellten. Vielmehr möchte ich heute diese Pressekonferenz nutzen, um rückhaltlos für die Beantwortung aller Fragen zur Verfügung zu stehen, die das von der BIRTHLER-Behörde übersandte Material neu oder zusätzlich aufwirft – Ihnen als Journalisten und allen weiteren Interessierten.

Wer die Akten vorurteilsfrei studiert, stellt fest, dass ich da nichts aus materiellen Beweggründen machte. Ich handelte auch nicht aus Gründen des beruflichen Fortkommens, habe also beispielsweise andere nicht herabgesetzt, um selber daraus einen Vorteil für meine Karriere zu ziehen. Für mich bestimmend war die Grundidee der ostdeutschen Gesellschaft, dass nicht mehr die soziale Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen entscheiden darf und der wirtschaftlichen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen Schranken gesetzt werden. Gleichzeitig war ich mir natürlich der gewaltigen ökonomischen Überlegenheit des Westens bewusst und sah unsere Gesellschaft von dieser Macht bedroht – von außen, aber auch von innen. Jeder in Leipzig konnte ja die Begleiterschei-

nungen der „Leipziger Messe“ besichtigen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch mein offenkundiges Bemühen, dem MfS selbst Vorschläge zu unterbreiten und Hilfe anzubieten. Aus heutiger Sicht muss ich sagen: In diesem Übereifer habe ich die vom menschlichen Anstand gebotenen Grenzen in einigen Fällen ganz klar überschritten.

Zu meiner Akte gehören allerdings auch mehrere Berichte, die stellenweise beißende Kritik an der Obrigkeit von Partei und Staat zitieren, einschließlich heftiger Angriffe auf Privilegien und abgehobenen Lebenswandel führender Funktionäre. Dabei habe ich immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass es sich hier nicht um Einzelmeinungen handelt, sondern um maßgebliche Stimmungen in der Bevölkerung. In einer offenen Gesellschaft steht so was in der Zeitung, aber die DDR war in diesem Sinne leider keine offene Gesellschaft. Dies gilt auch, um nur ein Beispiel herauszugreifen, für meine Wiedergabe der weit verbreiteten, von der Parteispitze völlig ignorierten Auffassung, dass an der Ausreisewelle nicht die Ausreisenden, sondern die politische Führung der DDR schuld war.

Ich habe – das muss ich mit Bedauern feststellen – allerdings auch Meldungen über einzelne Gespräche erstattet, die selbst in dem ausufernden Berichtswesen der DDR nichts verloren hatten und sich mit meiner Intention, unverfälscht kritische Stimmungsbilder zu vermitteln, nicht rechtfertigen lassen. Es tut mir heute beispielsweise persönlich sehr leid, wenn ich über ein Vier-Augen-Gespräch entgegen der erklärten Bitte des Gesprächspartners, den Inhalt vertraulich zu behandeln, trotz-

dem berichtet habe. Dies war objektiv ein Vertrauensbruch, für den ich mich bei dem Betroffenen vor einigen Tagen persönlich entschuldigt habe. Ich bedauere generell, dass Menschen, deren Namen in den Akten geschwärzt sind, erneut ungefragt Gegenstand von Debatten geworden sind, die sie selbst nicht beeinflussen können. Deshalb bemühe ich mich derzeit intensiv um persönliche Gespräche mit Betroffenen, um meine eigene Verantwortung wahrzunehmen. Dabei verbietet sich von selbst – dies bitte ich zu respektieren –, diese ganz persönliche „Geschichtsaufarbeitung“ öffentlich zu instrumentalisieren.

Die vorliegenden Akten belegen allerdings auch, dass ich mich für einen aus politischen Gründen Inhaftierten mit Nachdruck eingesetzt habe; es ging mir eben gerade nicht darum, dass Einzelne Schaden nehmen. Manches ist aus dem Abstand von fast zwei Jahrzehnten auch für mich selbst nur schwer erklärbar bzw. selbst nach dem Aktenstudium schlichtweg nicht mehr im Detail und in allen Zusammenhängen erinnerlich. Auf die Dynamik der damaligen Monate in der DDR und in Leipzig im Speziellen darf ich verweisen.

Ich werde heute nicht der Versuchung erliegen, Ihnen einen vollständigen Überblick über meine politische Biografie zu geben und damit den Eindruck zu erwecken, ich wollte irgend etwas wegrelativieren. Dennoch erlaube ich mir für zwei prinzipielle Einschätzungen meinerseits um Verständnis zu bitten. Erstens werde ich auch jetzt nicht die Bewertung meines rund 30 Jahre währenden politischen Engagements auf zwei Jahre reduzieren lassen, in denen ich als IM des MfS tätig gewe-

sen bin. Für meinen Teil beanspruche ich, mich seit 1990 zunächst in der SED/PDS, dann in der PDS und nunmehr in der Linkspartei.PDS zusammen mit meiner Partei grundlegend gewandelt und unumkehrbar den Weg vom dogmatischen zum demokratischen Sozialismus eingeschlagen zu haben. In diesen 17 Jahren, die neben Erfolgen auch Niederlagen und Rückschläge sahen, habe ich in vielen Funktionen, aber auch als Historiker und linker Journalist, einen bescheidenen Beitrag zu diesem Transformationsprozess geleistet. Zweitens werde ich die Entscheidung über meine politische Zukunft nicht von Äußerungen von Landtagsabgeordneten anderer Parteien abhängig machen, die eben in meinem 30-jährigen Engagement für linke sozialistische Politik und eine andere Gesellschaft als die derzeit bestehende den eigentlichen Fehler von mir sehen.

Ich werde mich daher im Anschluss an diese Pressekonferenz der kritischen Diskussion in der Landtagsfraktion sowie in den nächsten Tagen in weiteren Gremien meiner Partei stellen, die mich im Wissen um die Tatsache, dass ich IM gewesen bin, als Kandidaten aufgestellt haben. Ich stelle mich darüber hinaus der Kritik der Wählerinnen und Wähler, die mich in den Landtag gewählt haben. Ihnen gegenüber bin ich in besonderer Weise verpflichtet, für Klarheit zu sorgen.

Eine Bitte aber habe ich noch an Sie als Medienvertreter, die laut Gesetzeslage mehr Rechte im Umgang mit meiner Akte haben als ich: Bitte veröffentlichen Sie die Akte, z. B. in Ihren Online-Ausgaben, komplett – ich darf es leider nicht. Dann kann sich jeder ein wirklich umfassendes Bild machen.

Erklärung des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS Leipzig vom 15. Februar 2007

Der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Leipzig hat sich heute auf seiner außerordentlichen Sitzung mit den in den Medien aufgetauchten Vorwürfen gegen Dr. Volker Külow beschäftigt. Nach der öffentlichen Sitzung, welche von zahlreichen Gästen besucht wurde, hat der Stadtvorstand in einer geschlossenen Sitzung Volker Külow das Vertrau-

en ausgesprochen und ihn damit bestärkt, auch weiterhin an der Spitze der Leipziger Linkspartei zu wirken. Mit seiner offenen, umfassenden und die eigene Zusammenarbeit mit dem MfS kritisch reflektierenden Erklärung hat Volker Külow auf die aktuellen Vorwürfe reagiert und umfassend Stellung genommen.

Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus bleibt geschlossen

Am 5. April 2007 bleibt die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS Leipzig im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, geschlossen.

Linksfraktion.PDS zieht Bilanz zur Halbzeit der Wahlperiode

Mit dem Anspruch für **mehr Bürgerbeteiligung** ging die Linksfraktion.PDS 2004 in die Kommunalwahl und erreichte in der Ratsversammlung die Einrichtung eines Kleingartenbeirats und von Kundenbeiräten für städtische Eigenbetriebe und Unternehmen sowie initiierte den „Bürgerhaushalt“ als Möglichkeit einer besseren Mitwirkung der Bürger.

Mit einer Arbeitslosenrate von 18 Prozent und fast 50.000 Bedarfsgemeinschaften gehört Leipzig zu den sozialen Brennpunkten Ostdeutschlands. Die **kommunale Beschäftigungsförderung** ist deshalb ein Schwerpunkt der Linksfraktion.PDS. Deshalb fordern wir seit langem ein Konzept der Stadtverwaltung, um vor allem für Langzeitarbeitslose Perspektiven zu vermitteln, haben wir uns erfolgreich für die Erweiterung der Trägerversammlung der ARGE um zwei Vertreter der Arbeitssuchenden eingesetzt, setzen wir uns für die Beschäftigungssicherung bei den Leipziger Unternehmen wie auch bei den städtischen Be-

teiligungen ein.

Wir kümmern uns um die Alltagsprobleme der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und ringen um den **Erhalt sozialer Standards**. Insbesondere ging es dabei um die Situation von Familien mit Kindern und Jugendlichen. Dazu setzten wir:

- uns erfolgreich für den Erhalt des Leipzig-Passes ein,
- unseren Antrag zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation für arbeitslose Jugendliche durch und beantragten:
 - mit Erfolg die Schaffung weiterer Kindertagesstättenplätze,
 - die Aufstockung von Mitteln für die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten sowie
 - eine Analyse zur Wohnungssituation Hartz IV-Betroffener.

Mit den Stadt-, den Wasserwerken, den Verkehrsbetrieben, der Wohnungs- und Baugesellschaft sowie dem Krankenhaus St.Georg hält Leipzig wichtige **städtische Beteiligungen** für die Sicherung der Daseinsvorsorge der

Bürgerinnen und Bürger. Die Linksfraktion.PDS setzt sich für ihre Stärkung als Standortfaktoren ein und widersetzt sich dem wachsendem Privatisierungsdruck.

Wir fordern einen Bürgerentscheid über die Privatisierungsabsichten des Oberbürgermeisters.

Auf unsere Initiative wird gegenwärtig ein **Kulturentwicklungsplan** erarbeitet. Wir erhoffen uns damit einen breiten Diskurs über die künftige Kulturlandschaft.

Der Erhalt der vielfältigen **Vereinslandschaft** galt unsere besondere Aufmerksamkeit. Für die Jahre 2008 bis 2010 haben wir weitere Kürzungen verhindert.

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Auch künftig wirkt die Linksfraktion.PDS für Ihre Interessen: **„Für ein sozial gerechtes Leipzig - mitten in Europa“**

Der Flyer mit konkreten Aussagen zu jedem Wahlkreis wird ab etwa Mitte März in den Geschäftsstellen des Stadtvorstandes und der Fraktion zu bekommen sein.

Linksfraktion.PDS beschloss Spendenmittel in Höhe von 1.050 Euro

In der Fraktionssitzung am 21. Februar 2007 beschloss die Linksfraktion.PDS Spendenmittel für soziale Projekte in Höhe von insgesamt 1.050 Euro. Die Initiative ist eine Reaktion auf einen Stadtratsbeschluss zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Stadträtinnen und Stadträte aus dem Jahre 2000. Sie wurde von der PDS-Fraktion abgelehnt. Mit einem monatlichen Bei-

trag haben seither die Fraktionsmitglieder in einen speziellen Spendenfonds eingezahlt, aus dem zwei Mal jährlich soziale Projekte jeweils im Februar und September unterstützt werden.

Die dieses Mal von der Linksfraktion.PDS-Fraktion geförderten Projekte sind:

- Durchführung der Meisterschaften im

Geräuschememory (für Kinder mit Behinderungen) beim Mehrweg e. V.,

- Finanzierung des Eigenbaus einer überdachten Sitzecke beim Geysler Haus e. V.,

- Zuschuss für das Projekt Ostermarsch beim Ostermarsch e. V. und

- Schönefelder Frühlingfest (Projekt „Kinderbauwagen – Naturentdecker“) beim Bürgerverein Schönefeld e. V.

*Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende*

... und nach der Maidemo zum Frühlingfest ins Liebknecht-Haus

Wir laden Euch, Eure Verwandten, Freunde, Kinder und Enkelkinder am **1. Mai 2007, 14:00 Uhr** in den Garten des Liebknechthauses (Braustraße 15) ganz herzlich zum Frühlingfest ein.

Es erwarten Euch:

Ein buntes Programm mit Juri Wedernikow (Trompete), das Kinderensemble Sonnenschein, Queens (Tanz) – um nur einige zu nennen – interessante Gesprächsrunden, eine Tombola und natürlich gutes Essen und Getränke.

Ab 18:30 Uhr übernimmt die Jugend bis 21:00 Uhr das Zepter.

Ihr seht also, es ist für jeden etwas dabei. Wir erwarten Euch!

Stadtvorstand Linksfraktion.PDS

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und

jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mo., 26. März 2007 - 18:00 Uhr

Bürgerforum: „Die Zwänge des Haushaltes der Stadt Leipzig und Gewährleistung der Daseinsvorsorge seiner Bürger – Wie soll das gehen?“ Vortrag und Diskussion mit Dr. Lothar Tippach, Gaststätte Stottmeister, Kohlweg 45.

Di., 27. März 2007 - 18:00 Uhr

Podiumsdiskussion: Öffentliche Daseinsvorsorge – Privatisierung kommunaler Unternehmen. Für und Wider in Leipzig. Mit Bernhard Krabiell (verdi), Ronald Weckesser (MdL, Dresden) und Dr. Jürgen Leibiger (Dresden). Moderation: Dr. Dieter Janke, Leipzig. In Zusammenarbeit mit ver.di, Volkshaus, verdi-Saal, Karl-Liebknecht-Straße 30 / 32.

Di., 27. März 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Zur Geschichte des Psychologischen Instituts der Universität Leipzig. Mit Prof. Dr. Walter Friedrich, Leipzig, RLS.

Mi., 28. März 2007 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Die ökologische Bedeutung der Dübener Heide und die ihr drohenden Gefahren. Mit Siegfried Jahn, Reuden, Förster in der Dübener Heide i. R., Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Mi., 28. März 2007 - 19:30 Uhr

Film und Diskussion – Veranstaltungsreihe in 7 Teilen: Das leere Haus (BRD 2004, 30 min., Regie Miriam Pfeifer. Anschließend Diskussion mit Andreas Rauhut, Religionswissenschaftler, Interkulturelles Forum e. V.

Veranstaltet vom Antidiskriminierungsbüro e. V. mit Unterstützung von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen u. a., Galerie für Zeitgenössische Kunst, Karl-Tauchnitz-Straße 1.

Do., 29. März 2007 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Gespräch: Was das Dresdner Albertinum mit dem Moskauer Puschkin-Museum der bildenden Künste zu tun hat. Mit Prof. Dr. Erhard Hexelschneider, Mitherausgeber des Briefwechsels zwischen Georg Treu und Iwan Zwetajew (1881 – 1913) „In Moskau ein kleines Albertinum bauen“, RLS.

Mo., 2. April 2007 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Mo., 2. April 2007 - 18:00 Uhr

Bürgerforum: „Gesundheitsreform - Fluch oder Segen?“ mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Canapee, Holzhäuser/Ecke Schönbachstraße.

Mi., 4. April 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Energiepreiserhöhungen ohne Ende? Gibt es Alternativen? Mit Dr. Monika Runge, MdL. Moderation: Prof. Dr. Joachim Tesch, Leipzig. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig. RLS.

Do., 5. April 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Aktuelle Situation in Nahost. Mit Prof. Latchinian. LHL.

Mi., 11. April 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Die ökologische Be-

deutung der Dübener Heide und die ihr drohenden Gefahren. Mit Siegfried Jahn, Reuden, Förster Dübener Heide i. R., RLS.

Mo., 16. April 2007 - 20:00 Uhr

Film, Vortrag und Diskussion: Gesundheit in einer globalisierten Welt – das Geschäft mit der Krankheit „Dying for Drugs“ Regie: Brian Woods, UK 2003, Doku., 79 Min. Vortrag und Diskussion zu Patentierung und dem weltweiten Zugang zu Medizin mit Jonas Özbay, Leipzig. In Zusammenarbeit mit IPPNW und GlobaLE 2007, UT-Connewitz, Wolfgang-Heinze-Straße 12 a.

Di., 17. April 2007 - 17:00 Uhr

Cornelia Falken lädt zur Diskussion über die „Gesundheitsreform“ ein. Als Referent spricht Dr. Dietmar Pellmann, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Mi., 18. April 2007 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll: „Neues aus dem Bundestag“, Klub der Volkssolidarität, Kieler Straße 63.

Mi., 18. April 2007 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Zur demokratischen Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung - Positionen der Linkspartei.PDS. Gast: Gen. Hans-Georg Draheim, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße d. 18. Oktober 10a.

Do., 19. April 2007 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Nationwerdung und nationale Konflikte in (Ost-) und Südosteuropa. Buchkonzept. Mit Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Leipzig, RLS.

Impressum:

Herausgeber:

Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linksparitei-leipzig.de>, email: vorstand@linksparitei-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 4/2007 ist Donnerstag, 5. April 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.